



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

44. Sitzung (öffentlich)

21. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 7

Die Fraktionen haben sich im Vorfeld der Sitzung darauf verständigt, in Fraktionsstärke abzustimmen.

1 Sachstand im Fall Lügde und Impulspapier des MKFFI zur Diskussion von Maßnahmen 8

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1887
Vorlage 17/2047
Vorlage 17/2275
Vorlage 17/2297
Vorlage 17/2679

– Wortbeiträge

2 Einsetzung eines Unterausschusses „Kinderschutzkommission des AFKJ“ gemäß § 48 Abs. 2 GO LT 9

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7756

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt der Einsetzung einer Kinderschutzkommission als Unterausschuss des AFKJ mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6726 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7922

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7923

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6838

Ausschussprotokoll 17/753 (Anhörung vom 30. September 2019)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt folgenden durch Jens Kamieth (CDU) im Namen der Fraktionen von CDU und FDP beantragten redaktionellen Änderungen des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu:

1. Zu Beginn des Gesetzentwurfs wird die Überschrift „Artikel 1“ ergänzt,

2. in § 45 Abs. 1 Satz 5 wird unter dem ersten Aufzählungspunkt die Formulierung „zum Stichtag 1“ entfernt,
3. in § 45 Abs. 1 Satz 5 wird unter dem zweiten Aufzählungspunkt die Formulierung „zum Stichtag 1“ zwischen den Wörtern „Sozialgesetzbuch“ und „März“ eingefügt.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/7922 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD ab.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/7923 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 17/6726 in der entsprechend den vorherigen Abstimmungsergebnissen geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

4 Gesetz zur Änderung des Präimplantationsdiagnostikgesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen

36

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6682

Ausschussprotokoll 17/780 (Anhörung vom 30. Oktober 2019)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 17/6682 mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

5 Intersexuelle Menschen nicht länger pathologisieren 37

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3027

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7867

Ausschussprotokoll 17/510 (Anhörung vom 17. Januar 2019)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

– mündlicher Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/3027 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/7867 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

6 Wie will die Landesregierung flexible und bedarfsgerechte Betreuungsangebote sicherstellen? (Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) 41

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2658
Vorlage 17/2737

– keine Wortbeiträge

7 Original Play (*Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **42**

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

8 Verschiedenes **43**

- keine Wortbeiträge

* * *